

3136

An den

Vorsitzenden des Hauptausschusses

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses

über Senatskanzlei – G Sen -

**Einzelplan 05 – Senatsverwaltung für Inneres –
Fortentwicklung der IT-Planungsübersicht zu einem Projekthaushalt**

Rote Nr. 2686

47. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. März 2004

Das Abgeordnetenhaus hat in den oben bezeichneten Sitzungen Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. Oktober 2004 pro individuellem IT-Verfahren

- die Mittelverwendung in der Vergangenheit
- die im jeweiligen Haushaltsjahr geflossenen Mittel und
- die Ausweisung der bis zur Beendigung des Projekts benötigten Mittel in Jahresscheiben
- die Ausweisung des Eigenanteils der Verwaltung und
- die Einnahmen aus und die Ausgaben für Lizenzen sowie deren Laufzeit

darzustellen. Darüber hinaus sind:

- die zu erwartenden Folgekosten und
- eine Investitionsrechnung auf Grundlage der Kosten-Leistungs-Rechnungs-Daten (dort, wo vorhanden) und
- die Terminierung der einzelnen Projekte (wann endet das Projekt und in welchem Umfang soll es ggf. bei welchen Behörden weitergeführt werden?)

darzustellen.

Die neue IT-Planungsübersicht soll künftig jeweils zu den Haushaltsberatungen fortgeschrieben und rechtzeitig zur 1. Lesung des Einzelplans der Senatsverwaltung für Inneres dem Hauptausschuss vorgelegt werden.“

Erneute Missbilligungen und Auflagen aufgrund der Berichte der Verwaltung über die Erledigung der Auflagenbeschlüsse des Abgeordnetenhauses anlässlich der Entlastung für das Rechnungsjahr 2001 Drs 15/2848

IT-Einsatz in der Berliner Verwaltung

hier: Ergänzung des Berichtes SenInn – ZS C 2 Hö – vom 10.03.2005

Rote Nummer 2798 B

89. Sitzung des Hauptausschusses vom 27. April 2005

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung beschlossen:

„Die Senatsverwaltung für Inneres wird aufgefordert, dem Hauptausschuss zur 1. Lesung des Einzelplans 05 HH06/07 den IT-Softwarebedarf der nächsten Jahre für die Haupt- und Bezirksverwaltungen darzustellen.“

Hierzu wird berichtet:

1 Fortentwicklung der IT-Planungsübersicht zu einem Projekthaushalt

Die IT-Planungsübersicht ist im Hinblick auf die Fortentwicklung zu einem Projekthaushalt umfassend überarbeitet und zu einem Online-Werkzeug für die Verwaltung weiterentwickelt worden.

Die Senatsverwaltung für Inneres hat dazu unter Beachtung der spezifischen Anforderungen des Parlaments und im Hinblick auf die weitere Vorbereitung der Einführung eines Projekthaushalts ein Web-basiertes Werkzeug erstellt, das die Erfassung und Auswertung von Bestands- und Planungsdaten für Hardware und Software in der Berliner Verwaltung ermöglicht.

Das Werkzeug ist so ausgelegt, dass eine kontinuierliche Eingabe und Pflege der Daten erreicht wird und die einzelnen Verwaltungen auch im Rahmen des eigenen IT-Managements unterstützen werden.

Die IT-Planungsübersicht steht damit ab sofort als Werkzeug im Intranet allen Bezirks- und Senatsverwaltungen einschließlich der nachgeordneten Behörden für die kontinuierliche Datenpflege zu Verfügung.

Im Bereich *Bestandsdaten* werden die allgemeinen Daten zur IT-Infrastruktur sowie zu den bereits im Einsatz befindlichen IT-Verfahren in der Berliner Verwaltung erhoben. Schwerpunkte der Abfrage bilden Informationen zu Endgeräte-Stückzahlen, Lizenzen und den im Land Berlin eingesetzten Verfahren und ihren laufenden Kosten. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, zu bestimmten Stichtagen Ergebnisse und Berichte - beispielsweise eine Aufstellung zur „Anzahl Endgeräte im Land Berlin“ sowie zum „Verfahrensportfolio des Landes“ - zu erstellen und auszuwerten.

Im Bereich *Planungsdaten* werden alle IT-Maßnahmen im Betrachtungszeitraum hinsichtlich der technischen und finanziellen Rahmenparameter erhoben.

Die Kostenangaben können z. Zt. noch nicht von allen Verwaltungen vollständig aufgeliefert werden, vor allem die Personalkosten sind nur in Einzelfällen angegeben worden. Eine exakte Kostenanalyse je Verfahren, die auch eine vergleichende Kostenbetrachtung ermöglicht, kann erst erfolgen, wenn landesweit einheitliche IT-Kostenträger in der Kosten- und Leistungsrechnung verwandt und bebucht werden.

Die Voraussetzungen zur Umsetzung der bereits definierten und beschriebenen IT-Kostenträger wurden durch den Beschluss des Landesausschuss für den IT-Einsatz Berlin (LIA) am 17.06.2005 geschaffen. Danach ist eine verwaltungsweit einheitliche IT-Kostenträgerrechnung notwendig. Durch eine Harmonisierung der internen IT-Kostenträger in den Senats- und Bezirksverwaltungen wird eine einheitliche Datenbasis für strategische Entscheidungen geschaffen. Die Voraussetzungen dazu werden von der Senatsverwaltung für Inneres in Abstimmung mit dem Senat und den Bezirken geschaffen. Die landesweit einheitlichen IT-Kostenträger unterstützen die separate Kostenermittlung für

Infrastruktur und Verfahren; wobei jeweils in Projektierungsphase (Planung und Realisierung) und Betriebsphase unterschieden wird. Basierend auf diesen Daten wird sich ein Projekthaushalt für IT-Maßnahmen entwickeln lassen.

2 Zusammenfassung der Ergebnisse

2.1 Rahmenbedingungen

Im 2. Quartal 2005 hat die Senatsverwaltung für Inneres alle Verwaltungen zur Eingabe ihrer Bestands- und Planungsdaten (Stichtag: 31. März 2005) in die IT-Planungsübersicht gebeten.

Die Ergebnisse der Planungsübersicht zeigen für die IT-Infrastruktur und für die bestehenden IT-Anwendungsverfahren die bisherige Entwicklung, den aktuellen Sachstand und die weitere Entwicklung auf. Darüber hinaus wird über alle IT-Projekte berichtet.

Um die Datenmenge handhabbar zu gestalten, sind nur IT-Maßnahmen abgefragt worden, deren Gesamtausgaben pro Jahr (ohne Personalmittel) mindestens 50.000 Euro erreichen. Unter IT-Maßnahmen sind auch Strukturmaßnahmen von erheblichem Umfang (z. B. Inhouse-Verkabelung) zu verstehen. Unabhängig von dieser Wertgrenze mussten grundsätzlich alle eGovernment-Maßnahmen angegeben werden. Darüber hinaus sollten alle IT-Maßnahmen aufgeführt werden, die voraussichtlich in mehr als einer Behörde zum Tragen kommen und / oder für andere Behörden von Interesse sein könnten (z. B. besonders innovativ, Nachnutzung möglich, Schnittstellen zu anderen Verfahren).

Von insgesamt 54 meldepflichtigen Verwaltungen haben 52 Verwaltungen die Daten aufgeliefert und damit zu einer umfassenden Datenbasis beigetragen.

Aufgrund der sehr hohen Beteiligung der Verwaltung an der Datenbereitstellung sind erstmals umfangreiche und detaillierte Analysen über die gesamte IT-Landschaft der Berliner Verwaltung möglich. Da im Rahmen der Abfrage eine Reihe neuer Merkmale erhoben wurden (z. B. Kostendaten und Personalausgaben), entstehen vereinzelt Unschärfen, die in der Folge behoben werden.

Die IT-Planungsübersicht enthält keine Angaben zu Behörden außerhalb der Exekutive (Verwaltung des Abgeordnetenhauses, Rechnungshof von Berlin, Verfassungsgerichtshof von Berlin und Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit).

Die Berichtsfunktionalität der IT-Planungsübersicht steht allen Behörden, die Daten aufgeliefert haben, zur Verfügung. Somit wird eine große Transparenz und stetige Verbesserung der Datenqualität erreicht.

Das Auswertungswerkzeug zur IT-Planungsübersicht stellt vier Standardberichte – Bestand Infrastruktur, Bestand Verfahren, Übersicht Planung IT-Maßnahmen und Detailbericht Planung IT-Maßnahmen – unmittelbar zur Verfügung. Weitere Auswertungen sind ohne besonderen Aufwand mit Hilfe einer Exportfunktion möglich. Die Standardberichte können unter dem Intranet-Link

http://www.verwalt-berlin.de/itcon/bst_verfahren.php

mit der UserID: PARLAMENT Passwort: start15 (Bitte Groß- und Kleinschreibung beachten!)

eingesehen werden.¹

2.2 IT-Ausgaben

¹ Hierbei ist zu beachten, dass der Online-Bericht nur zur Datenansicht am Gerät vorgesehen ist. Der Ausdruck dieser Berichte ist möglich, führt aber bei bestimmten Hardwareumgebungen zu Qualitätsverlusten.

Wenn Daten ausgedruckt werden sollen, steht die Export-Funktion in ein Tabellenkalkulationsformat zur Verfügung. Über eine Tabellenkalkulation können die Daten in das jeweils gewünschte Berichtslayout überführt und gedruckt werden.

Die Sach- und Investitionsmittel der Bezirks- und Senatsverwaltungen für Informationstechnik (IT) der vergangenen 10 Jahre (1996 – 2005) betragen in Summe 1,185 Mrd. EUR; der Durchschnittswert pro Jahr beträgt 118,5 Mio. EUR.

Die Betrachtung der Einzeljahre zeigt, dass die Sach- und Investitionsmittel für IT seit 1996 von 87 auf nunmehr 148 Mio. EUR im Jahr 2005 (Ansatz) gestiegen sind. Der Anteil der Sach- und Investitionsmittel für IT am Gesamthaushalt (bereinigte Ausgaben) stieg im gleichen Zeitraum von 0,4% auf rd. 0,7%.

Vergleich Gesamthaushalt / IT-Ausgaben (in Mio. EUR)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ø
Haushalt (bereinigte Ausgaben)	21.812	21.422	21.193	21.081	20.895	22.574	21.066	20.675	20.539	20.709	21.197
IT Sach- & Investausgaben	87	98	108	123	124	107	124	127	139	148	118,5
davon Sach	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	71	90	99	103	106	93,8
davon Invest	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	36	33	28	37	42	35,2
IT-Ausgaben am Haushalt in Prozent	0,40	0,46	0,51	0,58	0,59	0,47	0,59	0,61	0,68	0,71	0,56

Hinweis: 1996-2004: Ist; 2005: Ansatz;

Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen

Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005 entfallen rd. 80% der Ausgaben für IT auf Sachmittel. In 2005 sinkt der Sachmittelanteil auf 71,6% der Gesamtausgaben für IT. Der Anteil der Investitionsmittel an den gesamten IT-Ausgaben beträgt 28,4%.

2.3 Bestand Infrastruktur

Der Infrastrukturbestand des Landes wird nachfolgend für die Merkmale Bildschirmarbeitsplätze (auch Arbeitsplatzrechner oder Endgerät), Drucker, Monitore und Lizenzen dargestellt.

2.3.1 Bildschirmarbeitsplätze

Die Zahl der Bildschirmarbeitsplätze in der Berliner Verwaltung wird seit 1997 kontinuierlich erhoben. Seit 2001 wird die Zahl der Bildschirmarbeitsplätze auch für Schulen (Grund-, Ober- und Berufsschulen) ermittelt.

Die Erhebung wurde ab 2001, orientiert an der Aufstellung des Doppelhaushaltes, nur im Abstand von zwei Jahren durchgeführt.

Anzahl Bildschirmarbeitsplätze

Jahr	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bezirke					20.901		19.930		20.537
Senats-verwaltungen ¹⁾					34.100		27.153		37.801
Summe	29.482	30.674	44.684	48.774	55.001	k. A.	47.083	k. A.	58.338
Schulen ²⁾					20.000		34.400		37.286
Gesamtsumme ³⁾	29.482	30.674	44.684	48.774	75.001	k. A.	81.483	k. A.	95.624

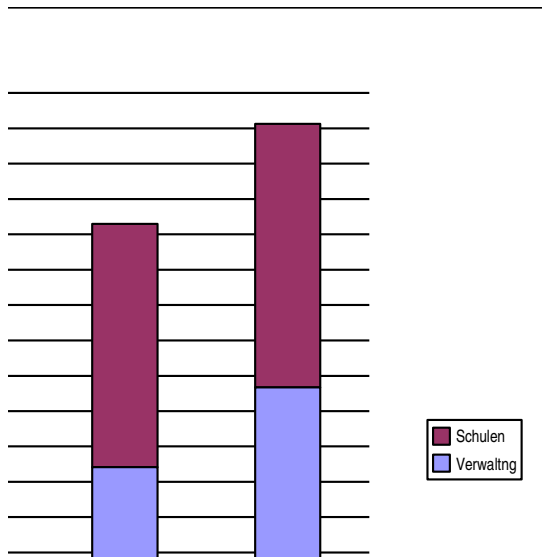
Quellen: Berichtsaufträge, IT-Planungsübersicht 2005

¹⁾ Im Jahr 2001 sind die Bildschirmarbeitsplätze der Berufsbildenden Schulen im Bestand der Verwaltung enthalten.

²⁾ Die Zahl der Endgeräte für Schulen wird erst seit 2001 erhoben. Der Wert für 2001 ist ein Schätzwert.

³⁾ Quelle: Die Daten 1997 bis 2001 wurden dem Bericht: Einheitliche IT-Struktur Land Berlin (2002) entnommen. Die Daten 2003 beruhen auf dem IT-Eckdatenbericht (2004) und wurden zum Teil hochgerechnet. Die Daten 2005 stammen aus der aktuellen IT-Planungsübersicht.

Die Zahl der Bildschirmarbeitsplätze in den Bezirks- und Senatsverwaltungen beträgt im Jahr 2005 rd. 58.300 Geräte. Davon entfallen auf die Senatsverwaltungen rd. 37.800 (etwa 65%) und auf die Bezirksverwaltungen rd. 20.500 (etwa 35%) Geräte. Im Vergleich mit dem Jahr 1997 (29.482 Geräte) hat sich die Zahl der Bildschirmarbeitsplätze somit nahezu verdoppelt.



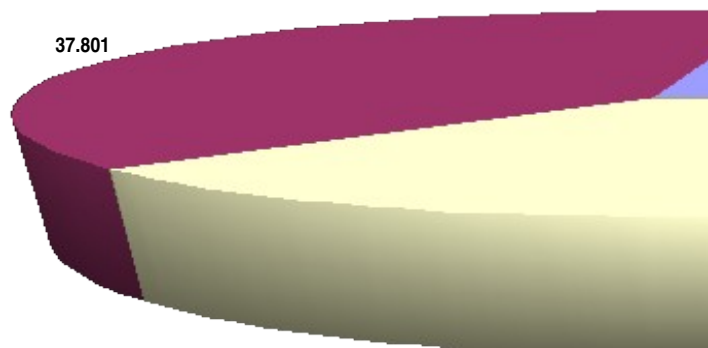
Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

¹⁾ Im Jahr 2001 sind die Bildschirmarbeitsplätze der Berufsbildenden Schulen im Bestand der Verwaltung enthalten.

Gut 20% der Endgeräte (11.869) verfügen nur über eine Rechenleistung, die maximal der eines Pentium I Prozessors entspricht. Diese Geräte werden überwiegend in den Bezirksverwaltungen (6.043 Stück) eingesetzt.

Neben den Arbeitsplatzrechnern in den Bezirks- und Senatsverwaltungen verfügen die Schulen über rd. 37.300 Endgeräte. Gegenüber 2001 hat sich die Zahl der Endgeräte in den Schulen damit nahezu verdoppelt.

Insgesamt sind rd. 95.600 Endgeräte in der Verwaltung sowie den Schulen verfügbar.



Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

2.3.2 Drucker

In der Berliner Verwaltung sind rd. 45.100 Drucker installiert. Der überwiegende Anteil sind mit gut 39.400 Stück Laserdrucker (etwa 87%). Daneben werden rd. 5.700 Tintenstrahldrucker eingesetzt. Andere Drucker, wie Matrixdrucker, sind auch in der Verwaltung vorhanden, wurden aber aufgrund der niedrigen Stückzahlen nicht berücksichtigt.

Das Verhältnis Drucker zu Bildschirmarbeitsplätzen ist etwa 0,8 zu 1. Damit verfügen durchschnittlich 5 Bildschirmarbeitsplätze über 4 Drucker; wobei die „Druckerdichte“ in den Senatsverwaltungen etwas höher als in den Bezirksverwaltungen liegt.

Drucker

Behörde	Summe	Laserdrucker	Tinten-drucker	nachrichtlich Bildschirmarb.
Senatsverwaltungen	30.191	26.648	3.543	37.801
Bezirke	14.940	12.758	2.182	20.537
Summe	45.131	39.406	5.725	58.338

Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

2.3.3 Monitore

In der Berliner Verwaltung sind rd. 59.000 Monitore verfügbar. Der überwiegende Anteil entfällt auf Röhrenmonitore (etwa 78%). Von den neu beschafften TFT-Monitoren weisen 36,6% eine Bildschirmdiagonale von 15“ auf. Alle anderen TFT-Bildschirme haben eine größere Bildschirmdiagonale.

Die Zahl der Bildschirme übersteigt die Zahl der Bildschirmarbeitsplätze, da bestimmte Verfahren mehrere Bildschirme (z. B. BOWI) nutzen.

Monitore

Behörde	Summe	Röhren-Monitore	TFT	darunter TFT 15"	nachrichtlich Bildschirmarb.
Senatsverwaltungen	38.457	28.974	9.483	2.846	37.801
Bezirke	20.544	17.137	3.407	1.880	20.537
Summe	59.001	46.111	12.890	4.726	58.338

Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

In den Senatsverwaltungen sind 24,6% der Bildschirmarbeitsplätze mit TFT-Monitoren ausgestattet; in den Bezirken beträgt der Ausstattungsgrad 16,6%.

2.3.4 Lizenzen

Im Rahmen der Erhebung zur IT-Planungsübersicht wurden die Server-Betriebssysteme in den Bezirks- und Senatsverwaltungen erfragt. Von den 1.353 installierten Serverbetriebssystemen haben die Microsoft basierenden Systeme einen Anteil von fast 65%. Ein erheblicher Anteil der Serverbetriebssysteme (ca. 35 %) entfällt auf andere Hersteller.

Serverbetriebssysteme

Behörde	Summe Server BS	Microsoft basierend	Sonstige
Senatsverwaltungen	933	645	288
Bezirke	420	230	190

Summe	1.353	875	478
--------------	--------------	------------	------------

Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

Die Trennung der Daten in Bezirks- und Senatsverwaltungen zeigt, dass der Anteil an MS basierenden Systemen gegenüber Systemen anderer Hersteller bei den Senatsverwaltungen mit knapp 70% höher als bei den Bezirksverwaltungen ist (knapp 55%).

Die Server des ITDZ, die nicht Bestandteil dieser Auswertung sind, weisen einen erheblichen Anteil an Open Source Serverlizenzen aus.

In der Berliner Verwaltung sind rd. 58.300 Client-Betriebssysteme installiert. Den Schwerpunkt bildet das Betriebssystem NT 4.0 mit gut 36.100 Installationen (62%). Dahinter folgen MS Windows 2000 mit 35% und Sonstige mit knapp 3%.

Client-Betriebssysteme

Behörde	Summe Betriebs-systeme	NT 4.0	MS Windows 2000	Sonstige	nachrichtlich Bildschirmarb.
Senatsverwaltungen	37.801	18.173	18.523	1.105	37.801
Bezirke	20.537	17.997	2.008	532	20.537
Summe	58.338	36.170	20.531	1.637	58.338

Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

Der Vergleich zwischen Bezirks- und Senatsverwaltungen zeigt, dass NT 4.0 insbesondere in den Bezirksverwaltungen eingesetzt wird (fast 88% aller dort installierten Betriebssysteme ist NT).

Da NT nicht mehr im Handel erhältlich ist, wird bei neueren Installationen ein so genanntes Downgrade durchgeführt. So wurden in 15.282 Fällen neuere Versionen auf NT „herablizenziert“ (fast 42% aller NT-Installationen sind somit Downgrades).

In der Berliner Verwaltung sind insgesamt 47.427 Lizenzen der Systeme MS Office sowie MS Word installiert worden. Daneben sind rd. 8.700 Installationen von OpenOffice erfolgt. Den Schwerpunkt bildet die Installation für Office 2000, die rd. 20.200 Mal erfolgte (rd. 36%). Danach folgen Office 97 mit 17.919 Installationen (rd. 32%), Open Office mit 8.668 (rd. 15,5%), Office XP mit 6.418 (rd. 11,5%) und MS Word mit 2.856 (rd. 5%).

Der Vergleich zwischen Bezirks- und Senatsverwaltungen zeigt, dass in den Bezirksverwaltungen insbesondere Office 97 (66% aller in den Bezirken installierten Office Pakete) und in den Senatsverwaltungen Office 2000 (47% aller in der Hauptverwaltung installierten Office Pakete) installiert ist. Rund. 87% der Open Office Installationen erfolgten in den Senatsverwaltungen.

Die aktuellste Office-Version XP ist in den Senatsverwaltungen in knapp 13% und in den Bezirken in gut 9% der Fälle installiert.

Office-Installationen

Behörde	Summe Office	Office 97	Office 2000	Office XP	Open Office	nur Word	nachrichtlich Bildschirmarb.
Senatsverwaltungen	36.141	4.757	16.872	4.549	7.577	2.386	37.801
Bezirke	19.954	13.162	3.362	1.869	1.091	470	20.537
Summe	56.095	17.919	20.234	6.418	8.668	2.856	58.338

Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

Etwa 6.000 aller Office 97-Installationen sind Downgrades höherer Office-Versionen.

Auf rund 15% der Arbeitsplätze ist Open Office installiert; auf rd. 81% sind MS Office / Word installiert. 4% der Geräte verfügen über keine Office-Anwendung.

Bei künftigen Abfragen soll auch die Zahl lokaler Netze und deren Betreiber ermittelt werden. Gleiches gilt für den Betrieb der Infrastruktur (Netze und Endgeräte).

2.4 Bestand Verfahren

Die IT-Planungsübersicht gibt erstmals einen fundierten Überblick über die große Zahl an Fach- und Querschnittsverfahren² in der Berliner Verwaltung. Als Wertgrenze für die Nennung eines Verfahrens wurde ein jährliches Kostenvolumen von 50.000 EUR als Untergrenze festgelegt.

Um die hohe Verfahrenskomplexität in den Bezirksverwaltungen zu verdeutlichen, haben einzelne Bezirke alle Verfahren, die bei ihnen betrieben werden, benannt.

Insgesamt werden somit im Land Berlin mindestens 388 nennenswerte Fach- und Querschnittsverfahren betrieben. Hiervon entfallen 105 auf die Senatsverwaltungen sowie 283 auf die Bezirksverwaltungen. Von den 388 Verfahren beziehen sich 41 auf Querschnittsaufgaben und 347 auf Fachaufgaben.

Da es sich hier um die erstmalige Erhebung dieser Daten handelt, sind Unschärfen unvermeidbar. Die Daten bieten jedoch bereits jetzt eine gute Grundlage für Auswertungen und die Betrachtung von Einzelaspekten.

So wurden auch die Betriebskosten (Personal, Pflege und Dienstleistung) der genannten Verfahren abgefragt. Allerdings konnten diese wegen der noch nicht vollständig verfügbaren Kosten- und Leistungsrechnung im Bereich IT nicht immer ermittelt werden; auch erfolgten bei z.T. Mehrfachnennungen, die für diesen Bericht eliminiert wurden.

Übersicht Verfahren

² Definition: Fachverfahren unterstützen die Erstellung nur eines begrenzten Spektrums von Produkten, während Querschnittsverfahren geeignet sind, allgemeine Verwaltungsaufgaben zu unterstützen und deswegen eine landesweite Abstimmung erforderlich machen (Quelle: IT-Organisationsrichtlinie vom 19. Dezember 2000).

Verwaltung	Anzahl Verfahren	davon Querschnitt	davon Fachverfahren
Senatskanzlei	2	2	0
SenInn	40	10	30
SenJust	22	0	22
SenGSV	7	1	6
SenBJS	8	0	8
SenStadt	11	0	11
SenWAF	3	1	2
SenFin	10	2	8
SenWFK	2	0	2
Bezirke	283	25	258
Summe	388	41	347

Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

Detaillierte Informationen zu den einzelnen Verfahren sind unter o. g. Adresse im Intranet aufgeführt.

In der Hauptverwaltung sind die „großen“ Verfahrensnutzer die Senatsverwaltung für Inneres (hier die nachgeordneten Behörden) und die Senatsverwaltung für Justiz (hier die Ordentliche Gerichtsbarkeit).

Die Schwerpunkte für den Einsatz der 105 Verfahren der Senatsverwaltungen liegen in der Bearbeitung von Aufgaben in der Justiz (23 Verfahren, 22%), Sicherheit und Ordnung (22 Verfahren, 21%) und für die interne Organisation / IT / Personal (20 Verfahren, 19%).

Einsatzgebiete Verfahren (HV)

Bereich	Anzahl Verfahren
Bildung / Wissenschaft	2
Dienstleistende Stadt	2
Finanzmanagement	6
Interne Organisation / IT / Personal	20
Justiz	23
Mobile Stadt	2
Sicherheit und Ordnung	22
Sonstige	4
Soziales	10
Steuern / Steuerpolitik	5
Vermessung	7
Wirtschaft	2
Summe	105

Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

Die Bildung der Einsatzgebiete orientiert sich an den Schwerpunktsetzungen der Berliner Verwaltung.

Die Einsatzgebiete der bezirklichen Verfahren orientieren sich an der Aufbauorganisation der Bezirksämter. Bei der Zuordnung einzelner Verfahren treten Unschärfen auf (Abgrenzungsprobleme).

Den Schwerpunkt bilden hier Verfahren im Bereich Bauen (40 Verfahren, 14%), Organisation / IT / Personal (33 Verfahren, 12%) und Umwelt (31 Verfahren, 11%). Darüber hinaus werden 36 Verfahren in verschiedenen Bereichen in der Bezirksverwaltung eingesetzt bzw. konnten nicht eindeutig zugeordnet werden (ca. 12,7%).

Einsatzgebiete Verfahren (BV)

Bereich	Anzahl Verfahren
Alle Bereiche	25
Bauen	40
Bürgerdienste	12
Gesundheit	18
Immobilienervice	9
Jugend	24
Kultur	6
Organisation / Personal / IT	33
Schule	3
Sonstiges	11
Soziales	19
Stadtplanung	9
Standesamt	5
Umwelt	31
Vermessung	25
Wirtschaft	9
Wohnen	4
Summe	283

Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

Die dargestellten Verfahren sind zum überwiegenden Teil auf durch die Behörden selbst betriebenen Servern installiert. So gaben die Bezirksverwaltungen an, 196 ihrer Verfahren auf eigenen Servern in Eigenregie zu betreiben. 10 bezirkliche Verfahren werden auf Servern des ITDZ betreut. Der verbleibende Anteil wird durch Dritte betrieben bzw. es wurden keine näheren Spezifikation vorgenommen.

Bei den Senatsverwaltungen werden 47 der aufgeführten Verfahren auf eigenen Servern betrieben. 24 Verfahren werden auf Servern des ITDZ betreut. Der verbleibende Anteil wird durch Dritte betrieben bzw. es wurden keine näheren Spezifikation vorgenommen.

Über 80% der Verfahren sind nicht browserfähig (d.h. sie sind in modernen internetbasierten Umgebungen nicht lauffähig). Die Möglichkeit, Verfahren in einer Server Based Computing Umgebung (SBC) zu betreiben, ist für 75% der Verfahren unbekannt. Vorherrschend ist die Client / Server - Architektur.

2.5 Planung IT-Maßnahmen

Derzeit befinden sich 124 IT-Maßnahmen³ der Bezirks- und Senatsverwaltungen in der Planung bzw. Realisierung. Davon entfallen 82 Maßnahmen auf die Senatsverwaltungen (einschließlich den nachgeordneten Behörden) und 42 auf die Bezirksverwaltungen.

Übersicht IT-Maßnahmen (ab dem Jahr 2002 bis zum Ende der jeweiligen Maßnahme)

Verwaltung	Maßnahmen	Art			Typ		Sachmittel (in EUR)	Investmittel (in EUR)	Personal- mittel (in EUR)	Summe (in EUR)
		Infra- struktur	Verfahren	Infra & Verfahren	Quer- schnitt	Fach- verfahren				
Skzl	8	4	3	1	2	2	1.326.400	376.000	k.A.	1.702.400
SenInn	38	20	5	13	3	15	83.906.030	99.223.560	1.050.764	184.180.354
SenJust	12	2	7	3	0	10	30.548.763	19.241.226	80.000	49.869.989
SenGSV	8	2	4	2	3	3	226.480	0	17.280	243.760
SenBJS	3	2	0	1	0	1	k.A.	11.482.200	720.000	12.202.200
SenStadt	5	0	5	0	0	5	2.580.000	7.005.000	0	9.585.000
SenWAF	1	0	1	0	1	0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
SenFin	5	0	2	3	3	2	13.570.119	11.101.479	5.000	24.676.598
SenWFK	2	0	1	1	0	2	k.A.	782.000	0	782.000
BA	42	39	0	3	1	2	7.262.633	8.513.070	410.003	16.185.706
Summe	124	69	28	27	13	42	139.420.425	157.724.535	2.283.047	299.428.007

Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

Die 124 Maßnahmen gliedern sich in 69 Infrastrukturmaßnahmen, 28 Verfahrensmaßnahmen und 27 Maßnahmen, die sich auf Infrastruktur und Verfahren beziehen. Die 55 Maßnahmen, die sich auf Verfahren oder Infrastruktur / Verfahren beziehen, haben 13 Querschnittsverfahren und 42 Fachverfahren zum Gegenstand.

Die genannten Maßnahmen bewirken über ihre gesamte Laufzeit Sachausgaben in Höhe von rd. 139,4 Mio. EUR, Investitionen in Höhe von rd. 157,7 Mio. EUR für und Personalausgaben (Eigenanteil) in Höhe von rd. 2,2 Mio. EUR für.

Der Ausweis der Personalmittel erfolgte erstmalig und ist noch mit einer erheblichen Unschärfe versehen. Die Angaben werden daher kontinuierlich weiter verbessert und präzisiert.

Insgesamt umfassen die 124 Maßnahmen ein Volumen von knapp 300 Mio. EUR, die durchschnittlichen Ausgaben (ab dem Jahr 2002 betrachtet) liegen bei 2,4 Mio. EUR je Projekt.

Der Nutzen der Maßnahmen kann noch nicht ausreichend quantifiziert werden. Für die Durchführung einer Nutzenbetrachtung sind die IT-Kostenträger und Qualitätskennziffern einzuführen und auszuwerten. Bei 25% der Maßnahmen wurden als Zielgruppe direkt die Wirtschaft bzw. die Bürgerinnen und Bürger angegeben. Bei etwa weiteren 25% der Maßnahmen sind Wirtschaft bzw. die Bürgerinnen und Bürger mittelbar Zielgruppe (z. B. Maßnahmen, die zur Sicherstellung von Sicherheit und Ordnung) dienen.

Übersicht Jahresscheiben IT-Maßnahmen

Die folgende Übersicht stellt kumulativ die Kosten der Maßnahmen im jeweiligen Haushaltsjahr dar.

Verwaltung	Anzahl IT-Maß- nahmen	Jahr	Sachmittel	Investitions- mittel	Personal- mittel	Summe
Senatsverwaltungen / nachgeordnete Behörden	82	2002	737 T€	1.205 T€	k. A.	1.942 T€
		2003	4.599 T€	2.177 T€	334 T€	7.110 T€
		2004	8.139 T€	4.141 T€	391 T€	12.671 T€
		2005	26.174 T€	5.346 T€	426 T€	31.946 T€
		2006	15.401 T€	11.598 T€	372 T€	27.371 T€

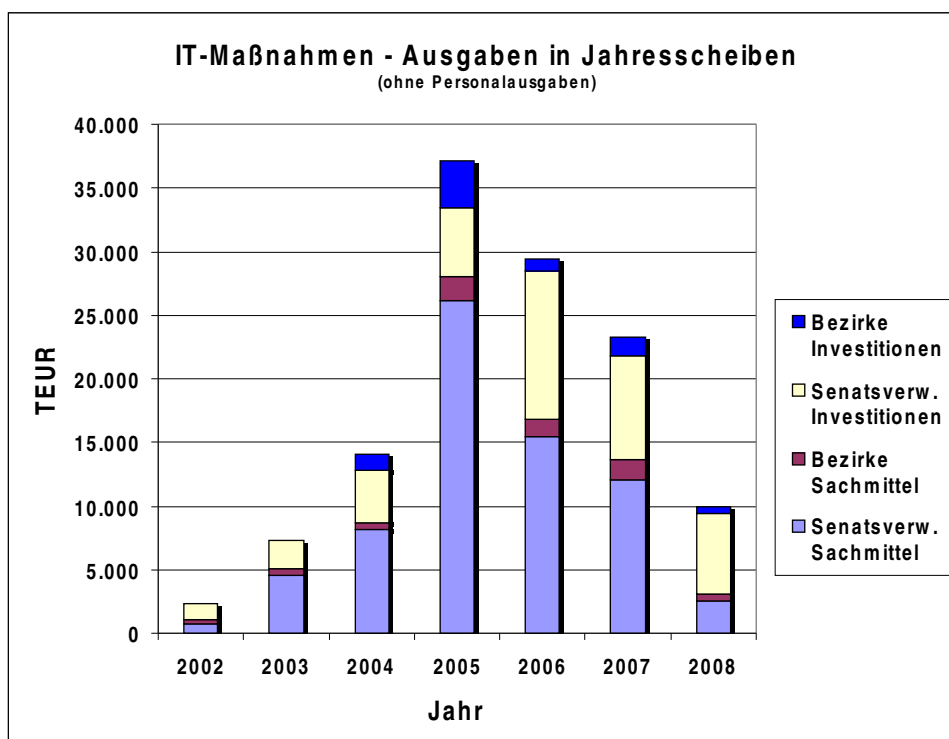
³ Der Begriff der IT-Maßnahme ist in der VV IT-Steuerung im Abschnitt Grundsätze als Planung, Entwicklung, Beschaffung, Betrieb und Nutzung von Informationstechnik definiert. Hier wird als IT-Maßnahme nur die Projektphase (Planung, Entwicklung und Beschaffung) verstanden. Daher werden die Begriffe IT-Maßnahme und Projekt in diesem Abschnitt synonym verwendet.

		2007	12.022 T€	8.112 T€	209 T€	20.343 T€
		2008	2.563 T€	6.296 T€	21 T€	8.880 T€
Bezirke	42	2002	348 T€	k. A.	k. A.	348 T€
		2003	482 T€	75 T€	20 T€	577 T€
		2004	518 T€	1.237 T€	100 T€	1.855 T€
		2005	1.883 T€	3.739 T€	180 T€	5.802 T€
		2006	1.460 T€	915 T€	20 T€	2.395 T€
		2007	1.650 T€	1.529 T€	30 T€	3.209 T€
		2008	557 T€	506 T€	30 T€	1.093 T€
Summe	124	2002	1.085 T€	1.205 T€	k. A.	2.290 T€
		2003	5.081 T€	2.252 T€	354 T€	7.687 T€
		2004	8.657 T€	5.378 T€	491 T€	14.526 T€
		2005	28.057 T€	9.085 T€	606 T€	37.748 T€
		2006	16.861 T€	12.513 T€	392 T€	29.766 T€
		2007	13.672 T€	9.641 T€	239 T€	23.552 T€
		2008	3.120 T€	6.802 T€	51 T€	9.973 T€

Datenquelle: IT-Planungsübersicht; Senatsbeschlüsse

Das Jahr 2005 bildet mit 37,7 Mio. EUR einen Schwerpunkt des Mitteleinsatzes (z. B. für die großen Projekte POLIKS und IMOG). In den folgenden Jahren (2006 und 2007) wird sich der Mitteleinsatz für neue Projekte deutlich reduzieren. Im Jahr 2008 wird ein großer Teil der hier dargestellten Maßnahmen beendet sein. Neue Projekte sind dabei noch nicht berücksichtigt. Diese müssten ohnehin im Wege der Priorisierung durch die Gremien der VV-IT bestätigt werden.

Die folgende Abbildung skizziert die Ausgabenentwicklung für die genannten 124 IT-Maßnahmen. Aufgrund der noch unzureichenden Datenbasis wurde auf die Darstellung der Personalausgaben verzichtet.



Datenquelle: IT-Planungsübersicht

Die in der Planungsübersicht beschriebenen Maßnahmen haben Laufzeiten von weniger als 6 Monaten bis hin zu über 10 Jahren. Etwa die Hälfte der Projekte hat eine Laufzeit von bis zu einem Jahr (48,4%).

Maßnahmen nach Volumen bzw. Dauer

Volumen Maßnahme (in T€)	Anzahl Maßnahmen
unbekannt	42
bis 100	13
von 100 bis 500	21
von 500 bis 1.000	8
von 1.000 bis 2.000	17
von 2.000 bis 5.000	7
von 5.000 bis 10.000	10
über 10.000	6
Anzahl	124

Dauer (in Jahren)	Anzahl Maßnahmen
bis 0,5	16
von 0,5 bis 1	44
von 1 bis 2	25
von 2 bis 5	23
von 5 bis 10	7
über 10	9
Anzahl	124

Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

Gut 20% der Projekte sind mit einer Laufzeit von einem bis zwei Jahren geplant. Weitere knapp 20% umfassen einen Planungshorizont von zwei bis fünf Jahren. Immerhin noch 9 Projekte (7%) umfassen Projektlaufzeiten von über 10 Jahren.

Bei 42% der Maßnahmen steht das Ausgabenvolumen noch nicht genau fest. Etwa 42 Projekte (34%) werden Ausgaben bis zu einer Mio. EUR verursachen. 24 Projekte (knapp 20%) haben geplante Ausgaben von 1 bis zu 5 Mio. EUR. Die verbleibenden 16 Projekte (ca. 13%) verursachen Ausgaben von mehr als 5 Mio. EUR.

Zusammenfassende Übersicht zu den umfangreichsten IT-Maßnahmen

Gemessen am Ausgabenvolumen (Sach-, Investitions- und Personalmittel) wurde eine Rangfolge der 10 umfangreichsten Maßnahmen („TOP 10“) erstellt.

Übersicht „TOP 10“ IT-Maßnahmen mit Berücksichtigung der Kosten ab dem Jahr 2002

Verwaltung	Behörde	Maßnahme	Start	Ende	Anz. Nutzende	Einsetzende Stellen	Verfahrensart	Volumen (in EUR)
SenInn	Der Polizeipräsident in Berlin ¹⁾	POLIKS (Polizeiliches Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung)	01.03.1994	31.12.2006	20.000	alle Exekutivdienststellen der Polizeibehörde	Neuentwicklung	65.102.030
SenInn	Der Polizeipräsident in Berlin ²⁾	Digitales Daten- und Sprechfunksystem (TETRA)	01.11.1999	31.01.2005	20.000	alle Berechtigten BOS in Berlin	Neuentwicklung	41.412.000
SenInn	Stammhaus	Digitales Daten- und Sprechfunksystem (TETRA)	01.02.2005	31.12.2010	20.000	alle Berechtigten BOS in Berlin	Neuentwicklung	50.650.000
SenJust	Die Präsidentin des Kammergerichts/SE ITOG	Realisierung des Masterplans IMOG	01.02.2003	01.06.2006	4.500	12 Amtsgerichte, Landgericht, Kammergericht		21.038.000
SenInn	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten	EW W -neu	01.08.1995	04.10.2005	1.200	Bürgerämter und Bezirkseinwohnerämter, LABO Abteilung II - Einwohnerwesen -	Ablösung Altverfahren	18.037.000
SenBJS	Stammhaus	Integrierte Software Berliner Jugendhilfe (ISBJ)	01.06.2002	31.12.2007	2.000	Sen BJS Abteilung II, Jugendämter der Bezirke	Neuentwicklung	12.093.000
SenFin	Finanzämter	FISCUS/Konsens	k.A.	30.12.2010	6.857	Finanzämter	Neuentwicklung	11.209.396
SenFin	Finanzämter	EOSS	01.06.2005	31.12.2008	6.857	Finanzämter	Weiterentwicklung	9.800.000
SenInn	Der Polizeipräsident in Berlin	Ablösung Alttechnik PC/Notebook in vollzugspolizeilichen Dienststellen	01.01.2006	31.12.2009	20.000	gesamter Polizeivollzug		9.480.000
SenInn	Der Polizeipräsident in Berlin	Ablösung Alttechnik TK-Anlagen	01.01.2006	31.12.2010	22.000	gesamte Polizeibehörde		9.000.000
SenInn	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten ³⁾	Ausländerregister 2	01.02.2003	04.10.2005	350	Die Ausländerbehörde des LABO.	Ablösung Altverfahren	6.970.100

Quelle: IT-Planungsübersicht 2005

- 1) Die Tabelle enthält erst die Kosten ab dem Jahr 2002. Gesamtkosten vom POLIKS betragen **73.517.000 €**.
- 2) Das Projekt wird ab dem 01.02.2005 unter der Federführung des Stammhauses fortgesetzt und wird voraussichtlich am 31.12.2010 beendet sein. Die Kosten werden voraussichtlich **50.650.000 €** betragen
- 3) Im Jahr 2007 erfolgt eine weitere Phase (digitale Akte) für die Haushaltsmittel in Höhe von **1.052.000 €** angemeldet sind.

Hinweis:

Werden Verfahren durch Entwicklungsverbände hergestellt, so werden die Entwicklungsausgaben über verschiedene Schlüssel (z. B. Königsteiner Schlüssel) zwischen den Entwicklungspartnern verteilt. Die Vermarktung dieser Software erfolgt zum Teil, wenn ein neuer Kooperationspartner in den Entwicklungsverbund einsteigt und von den bisherigen Ergebnissen partizipiert.

Kommt Standardsoftware im Rahmen der Softwareerstellung zum Einsatz (z. B. SAP, Oracle oder FAVORIT) so ist diese zu lizenzieren. Für verschiedene Standardsoftware bestehen Landeslizenzen / Select-Verträge. Die Übertragung nicht mehr notwendiger Lizenzen wird in der Regel durch den Hersteller vertraglich ausgeschlossen. Ein besonderer Softwarebedarf (z. B. Beschaffung von großen Lizenzmengen) im Rahmen der Verfahrensentwicklung wird nicht festgestellt.

3 Schlussfolgerungen und Ausblick

Mit Einführung der neuen IT-Planungsübersicht besteht die Möglichkeit, erstmals eine Gesamtübersicht über die „IT-Landschaft“ in Berlin zu erhalten und kontinuierlich fortzuschreiben. Es bestehen Informationslücken, die Datenerhebung zu einzelnen Merkmalen ist noch unzureichend (z.B. im Bereich Personalausgaben) Dennoch bietet die neue Planungsübersicht eine gute Ausgangsbasis für die Analyse der IT-Ausstattung und Entwicklung in der Berliner Verwaltung sowie zur perspektivischen Weiterentwicklung.

Hierbei wird das Werkzeug weiter entwickelt und den Anforderungen aller interessierten Gruppen angepasst. Beispielsweise wird auf Grundlage der neuen Planungsübersicht in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen das Informationsangebot für die mittelständische Wirtschaft erstellt.

Nachfolgende Erkenntnisse sind besonders hervorzuheben:

Ausgaben

- Die haushaltsmäßigen IT-Ausgaben für 2005 betragen 148 Mio. EUR (Ansatz). In diesem Jahr werden große IT-Maßnahmen im Bereich Infrastruktur abgeschlossen und in den Betrieb überführt (z. B. POLIKS, IMOG).

Infrastruktur

- In den Bezirks- und Senatsverwaltungen ist eine Vollaussstattung an Bildschirmarbeitsplätzen erreicht. Nach Abschluss der Projekte POLIKS (Polizei) und IMOG (ordentliche Gerichtsbarkeit) verfügt die Berliner Verwaltung über gut 58.000 Endgeräte.
- Fast 12.000 Endgeräte weisen Prozessoren mit der Leistung eines Pentium I (oder vergleichbar) auf. Für diese Geräte besteht Erneuerungsbedarf (Ersatzbeschaffung).
- Aufgrund der Reduzierung der Zahl der Mitarbeitenden in der Berliner Verwaltung sowie des o. g. guten Ausstattungsgrades ist eine stagnierende bzw. leicht abnehmende Zahl der Bildschirmarbeitsplätze in der Berliner Verwaltung zu erwarten
- Für den Bereich der Schulen wird noch eine Erhöhung der derzeit vorhandenen Zahl von Endgeräten von gut 37.000 auf über 40.000 erwartet.

Verfahren

- Die Berliner Verwaltung hat mittlerweile über 380 Fach- und Querschnittsverfahren (Stück) im Einsatz, die nun erstmals systematisch erhoben wurden.
- Die Ausgaben für Pflege, Personal und Dienstleistungen sind auf Basis der vorhandenen Daten noch nicht hinreichend abschätzbar. Die Datenbasis muss weiter verbessert werden (Kostenträgerrechnung).
- Der überwiegende Teil der Verfahren wird durch die nutzende Behörde selbst betrieben.

IT-Maßnahmen für den Betrachtungszeitraum 2002 - 2008

- Im Land Berlin befinden sich 124 Projekte in der Planung bzw. Realisierung. Diese Projekte haben ein Gesamtvolumen von etwa 300 Mio. EUR.
- Die genannten 2,1 Mio. EUR für Personalausgaben müssen noch weiter präzisiert werden.

- Im Jahr 2005 entfallen mit etwa 37,1 Mio. EUR der Sach- und Investitionsmittel gut 25% des gesamten IT-Ansatzes von 148 Mio. EUR auf die Planung und Realisierung von Projekten. Die geplanten Investitionsmittel für 2005 betragen rund 42 Mio. EUR und werden damit mit 21% durch die genannten Projekte ausgeschöpft.
- Detailliertere Kostenbetrachtungen und der Einstieg in eine Kosten-/Nutzenrechnung werden erst durch die Umsetzung der neu geschaffenen berlinweit einheitlichen IT-Kostenträgerrechnung möglich.

Ausblick

Mit den vorliegenden Daten ist das Fundament für die Entwicklung eines Projekthaushaltes im IT-Bereich gelegt worden. Die IT-Planungsübersicht ermöglicht dabei eine kontinuierliche Auswertung im Hinblick auf spezifische Fragestellungen. Sie unterstützt den IT-Staatssekretär, das IT-Kompetenzzentrum sowie die neu eingerichteten Gremien bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und schafft die Grundlage für künftige IT-strategische Entscheidungen.

Die Eckdaten der Planungsübersicht stellen gleichzeitig eine Grundlage für den Informationsaustausch mit Dienstleistern und Lieferanten, insbesondere auch mit der mittelständischen Industrie in Berlin dar.

Entsprechend der Zielsetzung des IT-Regelwerks sind auf dieser Grundlage die erforderlichen Maßnahmen zu einer Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur und zur Einführung kostengünstiger Betriebsformen zu planen und umzusetzen.

Die Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren ist insbesondere im Hinblick auf eine möglichst einheitliche Architektur und die Nutzung verwaltungsweit verfügbarer einheitlicher Dienste zu betreiben. Insgesamt wird dies zu einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des IT-Einsatzes in der Berliner Verwaltung führen.

Ich bitte, die Beschlüsse damit als erledigt anzusehen.

Dr. K ö r t i n g

Senator für Inneres

Ausschuss-Kennung : Hauptgczzqsq